

# KÖPFE GEGEN KOPFPAUSCHALE

Für eine solidarische Krankenversicherung der Zukunft.



CDU/CSU und FDP haben das Gesetz zur Kopfpauschale beschlossen:  
**Die Kopfpauschale soll kommen – aber nicht gleich.**

Nach der Reform ist vor der Reform:

## Bürgerversicherung statt Kopfpauschale.



Aktionsbündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale“  
Eine Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

Stand: 05.05.2011



## Koalition beschließt Gesundheitsreform

- **Der Trick: Das „Vorschaltgesetz“ 2011**  
Der Beitragssatz wird von 14,9 auf 15,5 Prozentpunkte erhöht.  
Damit wird das kurzfristige Defizit verringert.  
Die Einführung der zusätzlichen Kopfpauschalen wird damit verzögert.
- Die Kostenerstattung wird erleichtert.
- **Die Folgen: Risiken und Nebenwirkungen ab 2012 ff.**  
Der Arbeitgeberbeitrag wird eingefroren.  
Künftige Defizite sollen ausschließlich von den Versicherten über einkommensunabhängige Zusatzbeiträge der Krankenkassen ausgeglichen werden.



## Folgen der Gesundheitsreform 2011

- Spürbar ist zum 01.01.2010 zunächst die Beitragserhöhung. Dabei wird die Schieflage durch den geltenden AN-Sonderbeitrag (0.9) beibehalten. Versicherte zahlen 8.2, Arbeitgeber nur 7.3 Prozentpunkte.
- Die Möglichkeiten zur Kostenerstattung bei Behandlungen wird vereinfacht (Verkürzung der Bindefrist auf 3 Monate). Der Druck auf zusätzliche Vorkasse und erhöhter Selbstbeteiligung der Patienten wächst.
- **Die Einführung einkommensunabhängige Zusatzbeiträge und das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge werden in 2011 noch nicht spürbar sein.**



## Folgen der Gesundheitsreform 2012/2013.

- Droht der GKV ein Defizit, soll dazu ein durchschnittlicher Zusatzbeitrag festgelegt werden, den alle Kassen theoretisch für alle Versicherten (pro Kopf) bräuchten.
- Kassen müssen bei konkreten Defiziten einkommensunabhängige Zusatzbeiträge (Kopfpauschalen) von den Versicherten einfordern. Die Arbeitgeber werden nicht mehr an der Finanzierung der Kostensteigerungen beteiligt.
- Es ist damit zu rechnen, dass einzelne Krankenkassen schon ab 2012 Kopfpauschale einfordern müssen. Die Bundesregierung geht von einer durchschnittlichen Pauschale von 16 Euro in 2014 aus.



## Das Prinzip Kopfpauschale:

- Einkommensunabhängige Zusatzbeiträge belasten Geringverdienende verhältnismäßig deutlich stärker als Gutverdienende.

Das Prinzip: Je höher das Einkommen, desto geringer die Belastung.

- Beispiel: Einkommensunabhängiger Zusatzbeitrag von 20 Euro

Belastung bei einem Einkommen von 1.000 Euro: plus 2 % - ohne Ausgleich.

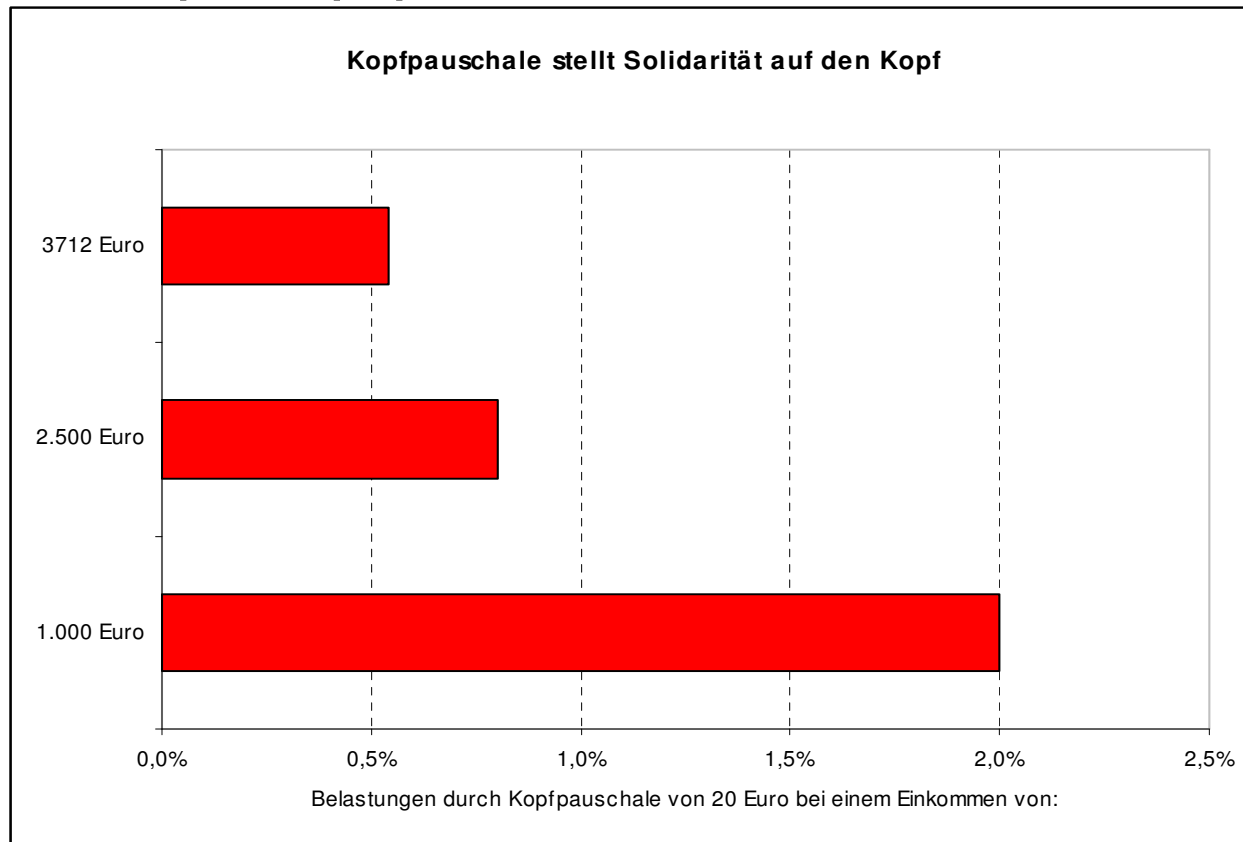
Belastung bei einem Einkommen von 3.500 Euro: ca. 0,5 %.

# KÖPFE GEGEN KOPFPAUSCHALE

Für eine solidarische Krankenversicherung der Zukunft.



## Das Prinzip Kopfpauschale:



(3.712 ist die aktuelle Beitragsbemessungsgrenze – Die Belastungen für Freiwillig Versicherte mit Einkommen oberhalb dieser Grenze sind schon heute geringer.)



## Der „Sozialausgleich“ - eine Mogelpackung.

- Die **Belastungsgrenze** wird auf 2 % **verdoppelt**.  
Mehrbelastung für Durchschnittsverdiener (2.500 Euro) ohne Ausgleich:  
bis 600 Euro pro Jahr.
- Belastungen, die 2% des Einkommens übersteigen, sollen angeblich ausgeglichen werden. Der angebliche Ausgleich richtet sich aber nach einer theoretischen Durchschnittspauschale.
- Für den Sozialausgleich werden keine zusätzlichen Steuermittel bereitgestellt und muss (in den nächsten Jahren) aus Beiträgen gezahlt werden. Der Druck auf höhere Kopfpauschalen steigt.
- **Der tatsächliche pauschale Zusatzbeitrag der Kasse wird nicht ausgeglichen.**

# KÖPFE GEGEN KOPFPAUSCHALE

Für eine solidarische Krankenversicherung der Zukunft.



## Belastungen Durchschnittsverdiener 2.500 Euro

Ohne Ausgleich  
im Monat: 50 Euro

50



Belastungsgrenze 2 %

Ohne Ausgleich im Jahr:  
**600 Euro**

(Belastungsgrenze 2 %)





## Beispiel: Ungerechter „Sozialausgleich“.

- **Tatsächliche Mehrbelastungen auch über 2 %**

### Beispiel:

Der durchschnittliche pauschale Zusatzbeitrag wird auf 25 Euro festgelegt. Bei einem Einkommen von 1.000 Euro sollen 5 Euro erstattet werden.

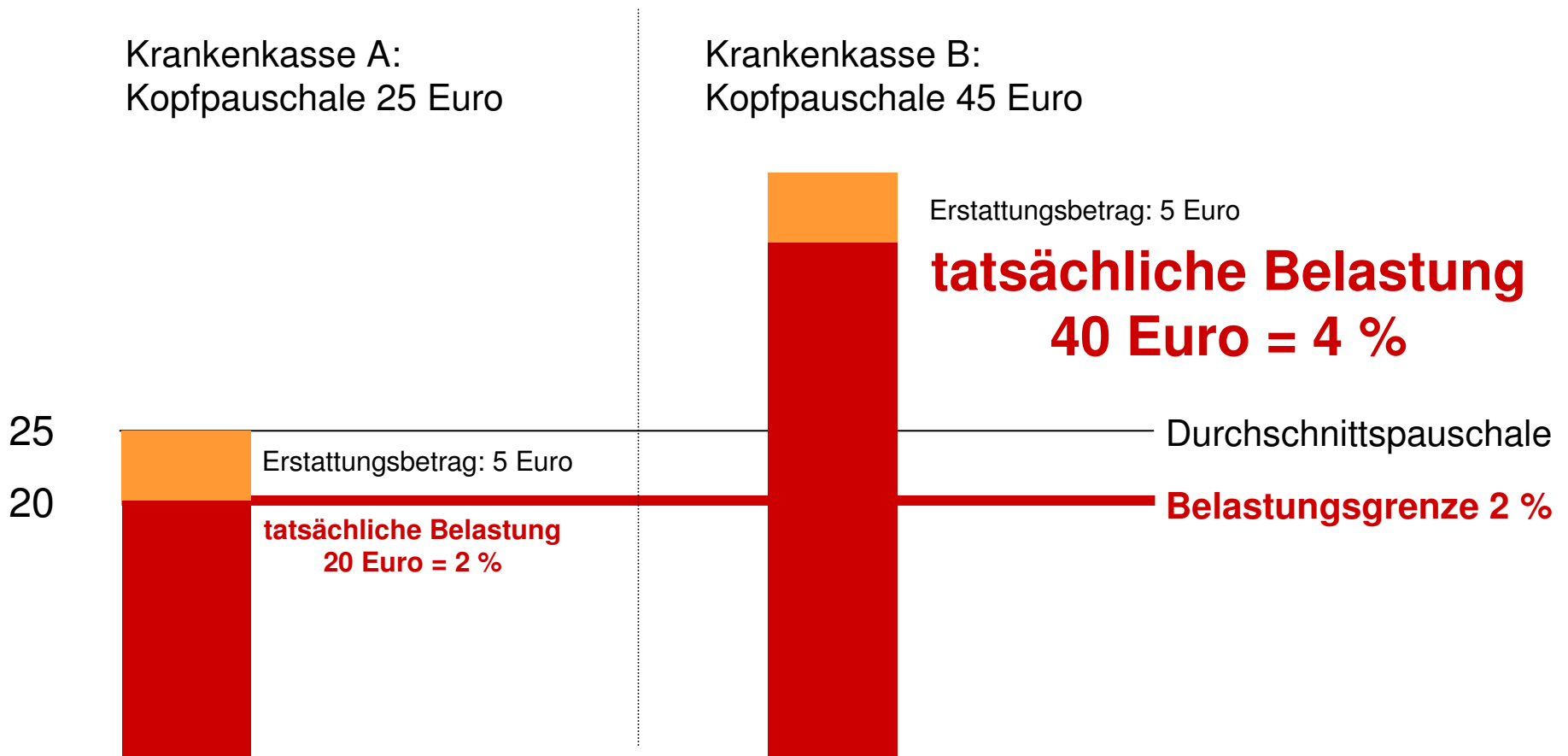
Verlangt die Kasse eine Kopfpauschale von **45 Euro**, würden auch nur die 5 Euro anhand der Durchschnittspauschale ausgeglichen. **Die Mehrbelastung beträgt dann: 40 Euro – und damit 4 %.**

# KÖPFE GEGEN KOPFPAUSCHALE

Für eine solidarische Krankenversicherung der Zukunft.



## Durchschnittspauschale 25 Euro bei 1.000 Euro.

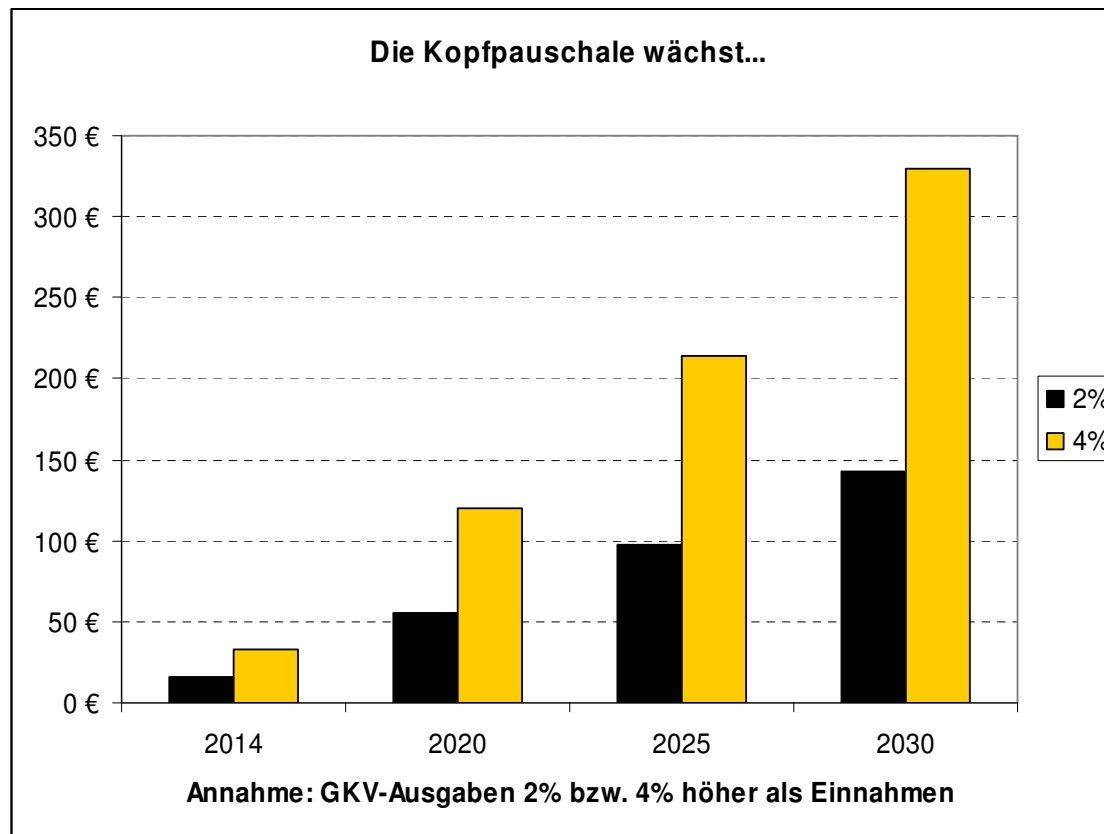


# KÖPFE GEGEN KOPFPAUSCHALE

Für eine solidarische Krankenversicherung der Zukunft.



## Die Kopfpauschale wächst



(Quelle: DGB Reform-Kommission/IGKE 2010)



## Aus Versicherten werden Sozialfälle.

- Schon bei einer durchschnittlichen Kopfpauschale von 20 Euro werden 14,8 Mio. Haushalte abhängig von einem „Sozialausgleich“ – u. a. 31 % aller Rentnerhaushalte.
- Bei einer durchschnittlichen Kopfpauschale von 50 Euro hätten 72 % aller GKV-Mitglieder Anspruch auf einen Ausgleich.
- Wenn die Einnahmen nur 2% unter den Ausgaben liegen, liegt die durchschnittliche **Kopfpauschale 2025 bei 97 Euro – alle GKV-Mitglieder wären auf einen Ausgleich angewiesen.**

(Quelle: DGB-Reformkommission / IGKE 2010)



## Rösler-Reform: Belastungswelle und Privatisierung

- Die GKV-Mitglieder müssen alle Kostensteigerungen allein – und in Form von ungerechten Kopfpauschalen – bezahlen.
- Ein tatsächlicher Ausgleich findet nicht statt.  
Bei stark steigenden Kopfpauschalen steigt auch der steuerliche Ausgleichsbedarf.
- Der Kassenwettbewerb wird forciert (Auswirkungen Leistungsgeschehen).
- Die Kostenerstattung soll ausgeweitet werden. Der Druck auf Vorkasse steigt.



## Schiefelage besteht seit Jahren – und verschärft sich.

- GKV-Mitglieder zahlen schon jetzt jährlich 15 Mrd. Euro mehr als Arbeitgeber. Arbeitgeber zahlen nur noch 40 % der GKV-Ausgaben.
- Durch die Gesundheitsreform von CDU/CSU und FDP sollen alle künftigen Kostensteigerungen zusätzlich und ausschließlich auf die Versicherten abgeladen werden.
- Belastungen für GKV durch arbeitsbedingte Erkrankungen: 15 Mrd. Euro pro Jahr.
- Durch das GKV-Finanzierungsgesetz werden alle künftigen Finanzierungslasten einseitig und in Form von Kopfpauschalen auf die Versicherten verlagert.



## Die solidarische Alternative: Bürgerversicherung

- Ein Solidarsystem für Alle.
- Paritätische Finanzierung.
- Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen.
- Einbeziehung anderer Einkommensarten (Kapitaleinkünfte).
- Finanzeffekt: Plus 22 Mrd. Euro / entspricht Beitragsentlastung von 2,2 Prozentpunkten.



## Das Hauptproblem lösen:

- Keine „Kostenexplosion“: GKV-Ausgaben im Verhältnis zum BIP stabil.
- Hauptproblem: Chronische Einnahmeschwäche  
Beitragspflichtige Einnahmen halten mit GKV-Ausgaben nicht Schritt

### Gründe:

Begrenzung durch Versicherungspflichtgrenze und Beitragsbemessungsgrenze  
Ausdehnung des Niedriglohnsektors und prekäre Beschäftigung



## Ein Solidarsystem für Alle.

- In Zukunft sollen alle Bürgerinnen und Bürger in einem solidarischen Versicherungssystem versichert werden.
- Für den Übergang sollen die PKV-Unternehmen in einem Finanzausgleich einbezogen werden.
- Wer bislang in der PKV versichert ist, soll ein Wahlrecht bekommen:

Bei einem Wechsel von Beamten in die GKV soll der öffentliche Arbeitgeber die hälftigen Beiträge tragen. Die Altersrückstellungen sollen übertragen werden.



## Paritätische Beitragsfinanzierung.

- Seit 2005 müssen Versicherte einen „Arbeitnehmer-Sonderbeitrag“ von 0.9 Prozentpunkten zahlen. Versicherte zahlen damit 8.2 Prozentpunkte ihres Einkommens, Arbeitgeber nur 7.3 Prozentpunkte.
- Wir wollen, dass die Arbeitgeber wieder paritätische Beiträge zahlen.
- Bei dem geltenden Beitragssatz von 15.5 Prozentpunkten würde die Belastung der Versicherten auf 7.75 Prozentpunkte sinken (Entlastung: 0.45).



## Entlastung durch verlässliche Steuerzuschüsse.

- Zusatzbelastungen der GKV durch Langzeitarbeitslosigkeit:

Der Bund zahlt für die Krankenversicherung von ALGII-Beziehern einen willkürlichen Beitrag von ca. 131 Euro pro Monat. Für privat Versicherte ALGII-Bezieher muss der Bund die Hälfte des PKV-Basis-Tarifs in Höhe von 287 Euro zahlen (Urteil des Bundessozialgerichts vom Jan. 2011).

- Wenn der Bund für ALGII-Bezieher die durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben der Krankenkassen von 278 Euro zahlen würde, kann die GKV um 3,7 Mrd. Euro entlastet werden.



## Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen.

- Heute werden die beitragspflichtigen Einkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze von zurzeit 3.712,50 Euro im Monat verarbeitet.
- Durch eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung von 5.500 Euro würde die solidarische Finanzierung nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit gestärkt.
- Der allgemeine Beitragssatz könnte insgesamt um 0.5 Prozentpunkte gesenkt werden. Damit können insbesondere Geringverdienende entlastet werden.
- Die Krankenkassenbeiträge können seit 2010 steuerlich berücksichtigt werden. Davon profitieren Gutverdienende (oberhalb von 3.712 Euro) besonders.



## Einbeziehung von Kapitaleinkünften.

- Die Bedeutung von Kapitaleinkünften nimmt seit Jahren zu.
- Um weitere Entlastungen zu erreichen bzw. die Finanzierung der GKV nachhaltig zu stabilisieren, sollen Kapitaleinkünfte – bis auf einen Sparerfreibetrag – einbezogen werden.
- Der allgemeine Beitragssatz kann dadurch um bis zu 0,5 Prozentpunkte entlastet werden.



## Die Bürgerversicherung: Gerecht und nachhaltig.

- Durch die Bürgerversicherung wird die Finanzierung der GKV sozial gerecht und nachhaltig gestaltet.
- Das Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wird gestärkt.
- Es entsteht ein Finanzspielraum von bis zu 22 Mrd. Euro, mit dem der allgemeine Beitragssatz gesenkt und Leistungen, wie z. B. für den Zahnersatz, wieder durch die Solidargemeinschaft finanziert werden können.

# KÖPFE GEGEN KOPFPAUSCHALE

Für eine solidarische Krankenversicherung der Zukunft.



## Unsere Wahl: Kopfpauschale kippen.

- Das Aktionsbündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale“ setzt seine Kampagne fort.
- Wir klären auf über die Folgen der Gesundheitsreform – und sammeln Unterschriften: Bislang unterstützen knapp 150.000 Bürgerinnen und Bürger eine Petition gegen die Kopfpauschale beim Deutschen Bundestag. Die Unterschriften-Aktion geht weiter.
- Wir wollen vor allem die Wahlen nutzen, um ein klares Zeichen gegen die Kopfpauschale zu setzen: Wir wollen die Kopfpauschale kippen, bevor sie uns trifft.

# KÖPFE GEGEN KOPFPAUSCHALE

Für eine solidarische Krankenversicherung der Zukunft.



Alle Informationen:

[www.stoppauschale.de](http://www.stoppauschale.de)

